



NEWSLETTER I / 2015

NORD|SÜD *news*



Foto: UNICEF/Aelok Kanani/Flickr; CC BY-ND 2.0

Mutterschaft gehört in Ländern wie Uganda zu den größten Existenzrisiken

Die soziale Krise

Drei Viertel aller Menschen weltweit haben keine soziale Absicherung. Dabei stabilisiert sie Einkommen in Zeiten von Krisen – und damit auch die Wirtschaft. Darum fordert der Internationale Gewerkschaftsbund IGB, sie in den Nachhaltigkeitszielen der UN zu verankern.

Die 27-Jährige Salma war dabei, als im April 2013 das Fabrikhochhaus Rana Plaza im bangladeschischen Savar einstürzte und mehr als 1.100 Menschen ums Leben kamen. Salma blieb zwar körperlich unversehrt, war aber schwer traumatisiert: Sie konnte sich nur noch im Freien aufhalten. Und auch das schaffte sie nur, wenn sie sich ständig mit etwas auf den Kopf schlug. Das Gesundheitssystem in Bangladesch ist rudimentär und marode, psychologische Betreuung ein Fremdwort. Salma hielt ein Dreivierteljahr durch. Dann erhängte sie sich.

Jendyose wurde nur 21. Sie starb im ugandischen Gulu im Krankenhaus bei der Geburt von Zwillingen. Die Ärzte verlangten Extra-Geld für einen Kaiserschnitt, das die Familie nicht hatte. Mutterschutz ist in Uganda ein großes Problem, obwohl das Land die zweithöchste Geburtenrate der Welt hat: Jeden Tag sterben 16 Frauen im Kindsbett – 435 Frauen pro 100.000 Geburten.

Beide Fälle sind willkürliche Beispiele dafür, welche Tragödien sich abspielen, wenn soziale Sicherungssysteme fehlen oder versagen. Der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zufolge sind fast drei Viertel der Weltbevölkerung nicht abgesichert. Nur 27 Prozent haben einen umfassenden Schutz, bekommen also etwa Familienleistungen, stehen als Arbeitnehmer bei Arbeitslosigkeit, Unfällen, Invalidität nicht blank da und können auf eine Gesundheits- und Altersversorgung zugreifen.

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Die soziale Krise S. 1f

Sicherungssysteme – die soziale Krise

- | Kommentar: Demontage im Namen der Krise S. 2
- Die Verantwortlichen: „Hire and fire – heute geht das ruckizucki“, Interview mit Jürgen Roth S. 3
- Chronologie: Soziale Sicherheit?
- Ein lukratives Geschäftsfeld! S. 4
- China: Gesundheit für 1,3 Milliarden
- Menschen in China S. 5
- Indien: Garantie über 100 Tage Arbeit S. 6

Debatte um Freihandel

- | Sorge um TTIP-Outsider S. 7

In Kürze

- | Reise eines Smartphones; Wer profitiert?; Rio Tinto sucht den Konflikt; Buchtipps: Verliert Europa seine Seele?; Filmreif: Der ärmste Präsident der Welt; Impressum S. 8

Fortsetzung von Seite 1



Sicherungssysteme – die soziale Krise: Kommentar

Dabei geht es bei sozialer Sicherheit nicht nur um humanitäre oder soziale Aspekte. Hilfen für Familien können z.B. dazu beitragen, dass Kinder nicht arbeiten gehen müssen. Sie „ist ökonomisch wichtig“, heißt es im „Frontlines Report 2014“ des IGB. „Sozialleistungen stabilisieren Einkommen in Krisenzeiten und puffern damit eine schrumpfende Binnennachfrage ab.“ Dieser Effekt sei sogar stärker als der allgemeiner staatlicher Ausgaben. Die ILO schreibt in ihrem „Weltbericht zur sozialen Sicherung 2014/15“: Sozialer Schutz trage „zur Verringerung von Armut, Exklusion und Ungleichheit bei“, verbessere „die politische Stabilität“, stütze das Wachstum und stärke die Produktivität.

Kein Wunder, dass schon die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 einen Artikel „Jeder hat das Recht auf soziale Sicherheit“ enthält. Die ILO-Konvention 102 von 1952 schreibt die Mindestabsicherung gegen bestimmte soziale Risiken fest. 2011 hieß es in der Abschlusserklärung der G-20-Staaten auf dem Gipfel in Cannes, Sozialsysteme seien „wichtig“ für jedes Land, „angepasst an die nationale Situation“.

Dass Milliarden Menschen davon bis heute nicht profitieren, erklären die Autoren des IGB-Reports vor allem mit der wachsenden Macht transnationaler Konzerne im Rahmen von Globalisierung und (Neo-)Liberalisierung sowie dem Boom im informellen Sektor. Die Regierungen hätten darauf mit einem Standortwettbewerb reagiert, die Unternehmenssteuern gesenkt und damit ihre Einnahmehasis erodiert. Damit zwangen sie sich selbst in eine Sparpolitik, zu der der Abbau von Sozialleistungen gehört.

Allerdings läuft die Entwicklung nicht überall parallel. Die Schwellenländer bauen gerade erst Sozialsysteme auf. Bei den Entwicklungsländern gibt es Unterschiede – je nach Abhängigkeit von den Industrieländern: Manche weiten die soziale Sicherung durch befristete Programme mit sehr niedrigen Leistungen aus, die Mehrheit, denen durch die diversen Krisen etwa ausländische Direktinvestitionen wegbrechen, baut ab: Nach Einschätzungen des Internationalen Währungsfonds wollen 120 Länder ihre öffentlichen Ausgaben 2015 senken, darunter 86 Entwicklungsländer.

Der IGB hat sich deshalb ein großes Ziel gesetzt: Wenn die Generalversammlung der Vereinten Nationen im September über ihre globalen Nachhaltigkeitsziele, die sog. Sustainable Development Goals, abstimmt, soll eines auf jeden Fall dabei sein – die Verankerung des Rechts auf sozialen Schutz für alle.

Beate Willms

Demontage im Namen der Krise

Die Krise wird genutzt, um den Wohlfahrtsstaat auszuhebeln. Dahinter stehen ganz andere Interessen. Die Gewerkschaften sind darum wichtiger denn je.

Erst kürzlich hat sich eine Mitarbeiterin der Sozialversicherung eines europäischen Landes darüber beklagt, dass ausreichende Mittel fehlen, um ein Leben in Würde führen zu können. Die Beispiele häufen sich, viele verursachen Herzbelemmung. Erstaunlich ist, dass auf die Frage WARUM immer gleich die Krise für alle anderen Ursachen herhalten muss. Tatsächlich hat die Krise dafür gesorgt, dass nur noch in eine Richtung gedacht wird: Bekämpfung von Defizit und Schuldenstand und entsprechend: Kürzung der Sozialausgaben und der erworbenen Ansprüche. In den von der Sparpolitik (Austerität) betroffenen Gesellschaften ist der gesellschaftliche Dialog zu einem gesellschaftlichen Monolog verkrüppelt, in dem vorab festgelegte und nicht verhandelbare Maßnahmen verordnet werden.

Dabei hatten die G20 noch 2008 und 2009 hoffungsvolle gemeinsame Erklärungen abgegeben, in denen sie sich zur Verteidigung einer „Sozialen Dimension der Globalisierung“ verpflichteten, die sich an dem von der ILO verabschiedeten Globalen Beschäftigungspakt orientieren sollte. Es ging darum, den Aufbau eines fairen Arbeitsmarktes zu unterstützen und die Beschäftigung durch wirtschaftliche Wachstumsimpulse zu fördern.

Nur wenige Jahre später sind die Staaten nun zu gigantischen Versicherungsunternehmen umfunktioniert worden, die Maßnahmen ergreifen, um die von den Banken übernommenen Risiken abzudecken. Zugleich wurde vielerorts das Arbeitsrecht reformiert, Arbeitsgesetze und Mindeststandards wurden geschwächt – oft ohne dass das mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden verhandelt wurde. Verordnete Richtlinien ersetzen Sozialpolitik – mit dem Ergebnis, dass die Armut einen Stand erreicht hat, der vor 15, 20 Jahren undenkbar war. Geschehen konnte das alles im Namen der Krise und mit Verweis auf angebliche Alternativlosigkeit.

Damit ist das europäische Sozialstaatsmodell in Frage gestellt. Mehr noch: Die Demokratie, die so lange gestaltet, angenommen, praktiziert und perfektioniert wurde und die Staaten der Europäischen Union vereint, ist nicht mehr die gleiche. Ist sie überhaupt noch eine Herrschaft

des Volkes? Oder haben wir nicht vielmehr eine Veränderung der Machtverhältnisse? Das Sagen haben das Finanzkapital, die großen Banken und Unternehmen, selbst die Rating-Agenturen, die längst an Glaubwürdigkeit eingebüßt haben sollten. Den Sozialen Dialog oder Tarifverhandlungen zu blockieren, ist wieder eine Option.

Papst Franziskus spricht von Ideologien, die „das Kontrollrecht der Staaten leugnen“ und „eine neue, unsichtbare, oftmals virtuelle Tyrannei etablieren, die einseitig und rücksichtslos ihre Gesetze und Regeln oktroyiert“. Die gesellschaftspolitische Wirkung ist lähmend.



Papst Franziskus warnt vor einer neuen „Tyrannei“

Rui Tavares, Gründer der Partei Partido Livre in Portugal, hat es auf den Punkt gebracht: „Man sagte uns, dass wir über unsere Verhältnisse leben. Aber wir haben unterhalb unserer demokratischen Möglichkeiten gelebt.“

Um diese wieder zu nutzen, brauchen wir das geballte Potenzial sozialer Organisationen, vor allem der Gewerkschaften. Sie sind unvergleichliche gesellschaftliche Mobilisierer. Gemeinsam müssen wir Demokratie und Bürgerbeteiligung erstreiten. Dafür müssen wir wesentliche Werte wie Gemeinwohl und kollektives Denken wieder zur Geltung bringen, frei und offen diskutieren. Dafür müssen wir auch unsere Gewerkschaften erneuern, unsere Identität klarer herausstellen. Dann haben wir eine große Masse aktiver Spieler, die im Dienste derer stehen, die arbeiten. Die Zukunft unserer Gesellschaften und von Europa liegt in den Händen der Gewerkschaften.

Ulisses Garrido

ist Direktor der Abteilung Erziehungswissenschaften des Europäischen Gewerkschaftsinstituts



Foto: © Archiv



„Hire and fire – heute geht das ruckizucki“

Laut dem Bestsellerautor Jürgen Roth hat eine kleine Elite von Konzernchefs die Krise genutzt, um die sozialen Systeme zu schleifen.

Nord|Süd news: Meinen Sie wirklich, dass mafiöse Konzerne ganze Kontinente in die Krise reiten, nur um Geld zu scheffeln? Klingt nach Verschwörungstheorie ...

Jürgen Roth: Schön, wenn es so wäre. In den vergangenen vier, fünf Jahren hat allerdings unter dem Deckmantel der Krisenbewältigung ein stiller Putsch gegen den demokratischen Sozialstaat stattgefunden. Man braucht sich nur die massive Konzentrierung der Vermögen anzuschauen. Eine neue Studie der Hilfsorganisation Oxfam zeigt, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen angehäuft hat als die restlichen 99 Prozent zusammen.

Wer ist dafür verantwortlich?

Eine kleine Elite nimmt knallhart ihre Interessen wahr – und auf soziale und kulturelle Belange keine Rücksicht. Ich meine zum Beispiel den Chef der Deutschen Börse, die Chefs der Schweizer UBS, der Commerzbank oder von McKinsey. Diese Leute treffen sich in kleinen Zirkeln wie dem Entrepreneur Roundtable und betreiben von dort ideologisches Brainwashing bei Politikern.

Es handelt sich also nicht um Missmanagement von Regierungen, das dazu geführt hat, dass einige Staaten über ihre Verhältnisse leben – und nun dazu, dass radikal gespart werden muss?

Das ist pure Propaganda. Der Sparkurs ist das Ergebnis einer neoliberalen Ideologie. Die politische Elite sorgt gleichzeitig dafür, dass die Interessen der großen Aktienbesitzer geschützt sind. Deshalb bestimmen Hedgefonds und Private-Equity-Firmen unseren Wohlstand – und unser Elend. Der Einfluss dieser Banker ist enorm hoch. Zum Beispiel: In den Brüsseler EU-Machtzirkeln mischt kein einziger Gewerkschafter mit. Da können Konzerne ihre Interessen ungehindert durchsetzen.

Ein Beispiel, bitte!

Dazu gehören der European Round Table of Industrialists oder der European Financial Services

Round Table – Mitglieder sind die Vorstandsvorsitzenden der mächtigsten europäischen Banken und Versicherungen mit direkten Zugang zur EU-Kommission.

Is es ein Fanal gegen die in der EU dominierende Austeritätspolitik, wenn ein linker Ministerpräsident wie Alexis Tsipras in Athen die Macht übernimmt – und sogleich Mindestrenten und Mindestlohn aufstocken und Privatisierungen rückgängig machen will?

Ich bin da hin- und hergerissen. Wegen der katastrophalen Situation vieler Griechen wäre es eigentlich notwendig, das umzusetzen. Auch die Einstellung von Staatsbediensteten und Anhebung der Mindestlöhne ist sozialpolitisch notwendig und richtig. Aber die Etatlage ist ja desaströs. Zudem ist die Koalition mit den Rechten höchst fragwürdig. So gesehen kann man nur hoffen, dass die neue Regierung die Erwartungen der Menschen erfüllen kann.

„Eine kleine Elite nimmt knallhart ihre Interessen wahr – und auf soziale und kulturelle Belange keine Rücksicht. (...) Sie sorgt gleichzeitig dafür, dass die Interessen der großen Aktienbesitzer geschützt sind. Deshalb bestimmen Hedgefonds und Private-Equity-Firmen unseren Wohlstand – und unser Elend.“ (Jürgen Roth)

In Portugal hat das Verfassungsgericht mehrfach Einschnitte ins Sozialsystem kassiert. Wer soll denn jetzt zahlen – der Etat ist ja längst nicht saniert?

Portugals Verfassung ist die fortschrittlichste in Europa. Deshalb klafft die Schere zwischen arm und reich dort auch nicht so ganz so krass auseinander wie beispielsweise in Griechenland. Aber wir sollten nicht vergessen, dass laut Transparency International in Portugal eine korrupte Elite 75 Prozent der gesamten Staatsschulden verursacht hat. Dort ist also nicht zu viel ausgegeben worden, dafür haben sich dort Konzerne gesundgestoßen – viele davon aus Deutschland.

Viele sehen das Euro-Schweregewicht Frankreich als existenzielles Problem für die gesamte Währungszone – dort erreicht die Arbeitslosigkeit gerade eine Rekordhöhe. Was tun?

Es gibt derzeit leider kaum politische Alternativen. Niemand hat ja ein überzeugendes Konzept: Nicht rechts, nicht links, viele politische Bewegungen sind atomisiert. Ich finde, die Gewerkschaften sollten sich weitaus intensiver in der Suche nach Alternativen einbringen als bisher.



Foto: © Archiv

Jürgen Roth, geboren 1945, ist Publizist. In seinem jüngsten Buch „Der stille Putsch“ rechnet er mit der europäischen Krisenpolitik ab

Trauen Sie der Europäischen Zentralbank EZB, die die Wirtschaft der Krisenstaaten mit einer Billionenspritze wiederbeleben will?

Das funktioniert nur, wenn in diesen Ländern politische Strukturveränderungen vollzogen werden – das wollen die politischen Eliten und ihre Verbündeten in Deutschland nicht. Die Frage ist doch, ob kleine oder mittelständische Firmen in den Genuss dieser Mittel kommen. Und: Auch EZB-Chef Mario Draghi ist kein Fan des demokratischen Sozialstaats, sondern ein Herold des Neoliberalismus.

Immerhin: Deutschland hat die Reformen, die die anderen Länder noch machen müssen, längst vollzogen. Oder?

Keineswegs: Auch bei uns gibt es mehr Armut und soziale Ungleichheit. Im Vergleich zu Griechenland geht es vielen gut. Aber die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse ist in die Höhe geschossen. Hire and fire – das geht doch heute ruckizucki.

Das Interview führte Kai Schöneberg.

 Kai Schöneberg ist Wirtschaftsjournalist in Berlin.



Soziale Sicherheit? Ein lukratives Geschäftsfeld!

Sozialsysteme folgen der wirtschaftlichen Entwicklung – jedoch nicht immer in die gleiche Richtung.

Nach den Crashes in den 1890er und 1930er Jahren wurden in vielen Industriestaaten soziale Netzwerke aufgespannt. In Deutschland etwa führte Otto von Bismarck eine Kranken-, eine Unfall- und eine Altersversicherung ein, die Arbeitnehmer erstmals obligatorisch umfassend und solidarisch organisierte. Die Idee war doppelbödig: Einerseits ging es um den Schutz vor unverschuldeten Risiken, andererseits schwächte Bismarck damit Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Später wurde als vierte Säule die Arbeitslosenversicherung eingeführt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte es auch für die Länder des Südens ähnlich ehrgeizige Pläne gegeben. Doch die Ergebnisse sind ernüchternd: Mehr als 75 Prozent aller Menschen leben heute in Ländern ohne oder mit ungenügenden sozialen Sicherungssystemen.

Im Kalten Krieg galten die sogenannte Entwicklungshilfe und vor allem Wirtschaftspolitik lange als die erfolgversprechendste Sozialpolitik für ärmere Länder. Beispiel Kaffee: Millionen arme Kleinbauern leben von den roten Kirschen – 1962 kam es in der UNO zu einem internationalen Abkommen, das jahrzehntelang für sozialen Ausgleich zwischen Export- und Importländern sorgte. Doch 1989 folgte das politische Aus. Mit den Rohkaffeepreisen fielen die Einkommen, der Staat fing das nicht auf. Die Folge waren soziale Verwerfungen in den ärmsten Regionen.



Foto: UN Photo/Martine Perret/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Seit dem Wegfall eines UNO-Abkommens 1989 besonders schlecht abgesichert: Kaffeeplückerin

„Es fehlt eine OPEC wie beim Erdöl“, kritisiert Albrecht Schwarzkopf, Kaffee-Experte der Christlichen Initiative Romero. Die OPEC ihrerseits bescherte den reichen Industriestaaten einen Belastungstest der Sozialsysteme. Die Erhöhung



Foto: sandeepachetan.com travel photography/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Die durchschnittliche Lebenserwartung eines indischen Mannes beträgt 65 Jahre. Frauen werden geringfügig älter

gen der Rohölpreise 1973 und 1979/80 lösten schwere Rezessionen aus. Mit der ersten Ölkrise endete das „Wirtschaftswunder“, eine neue Ära der Massenarbeitslosigkeit begann.

Schon kurz danach begann mit der wirtschaftsliberalen auch eine soziale Kehrtwende: „Neolib“ wie die britische Premierministerin Margaret Thatcher begannen in den 1980er Jahren den Sozialstaat auszuzehren. Der Zusammenbruch der realsozialistischen Länder beförderte den Sozialabbau zusätzlich: Rücksicht auf die globale Konkurrenz mussten die Eliten im Westen nun nicht mehr nehmen. In fast allen Ländern weltweit sank die Steuerquote der Unternehmen, die Schwarzarbeit dehnte sich aus. Das beschneidet den Spielraum vieler Staaten bis heute. Diese wirtschaftsliberale Welle traf die Länder des Südens, als sie sich gerade vom Kolonialjoch befreiten. Hinzu kam die internationale Schuldenkrise. „Beitragsfinanzierte Systeme wie Renten- und Krankenversicherung sind in vielen Ländern zusammengebrochen“, sagt der Frankfurter Wirtschaftswissenschaftler Jörg Goldberg, der lange in Afrika arbeitete. Obendrein hätten solche Crashes dem Ruf der Sozialsysteme vor Ort „nachhaltig geschadet“.

Seit der Jahrtausendwende durchlebt die Weltwirtschaft in weiten Teilen eine nachholende Modernisierung. Auf die Sättigung der Nachfrage in den Industrieländern reagierte das Kapital mit einer Expansion zunächst nach Südostasien, später Lateinamerika und zurzeit nach Afrika. Eine mittelbare Folge dieser „Globalisierung“ ist der Aufbau von Sozialsystemen in China, Indien oder Ghana. Die Weltfinanzkrise seit 2007 hat vielen Akteuren in Schwellenländern klar gemacht, „Kapitalismus pur“ ist kein nachhaltiges Geschäftsmodell. „Mit der Großen Rezession wuchs in vielen Regierungen und

internationalen Institutionen das Interesse an sozialen Sicherungssystemen“, schreibt der Internationale Gewerkschaftsbund IGB in seinem „Frontlines-Report 2014“. Immerhin ein Drittel der Beschäftigten in Afrika und Asien-Pazifik sind rentenversichert – wenngleich die Renten oft mager ausfallen. Und in den meisten Ländern Lateinamerikas sowie in vielen Asiens gibt es heute eine Arbeitslosenversicherung.

Doch eine öffentliche Vollkasko-Versicherung liegt für die meisten Menschen in weiter Ferne. Stattdessen haben Versicherer, Banken und Finanzdienstleister soziale Sicherheit als lukratives Geschäftsfeld entdeckt. Eine Art von Arbeitslosenversicherung, die beim Tod des Ernährers fällig wird, kaufen Inder für umgerechnet weniger als einen Euro pro Woche bei der Allianz-Versicherung. Wie weit der Weg zum sozialen Ausgleich noch ist, zeigt die durchschnittliche Lebenserwartung. Indien steht mit 65 Jahren ganz unten in der OECD-Statistik – die Schweiz mit 83 Jahren ganz oben. Dazwischen liegen Welten.

Hermannus Pfeiffer

Der Autor ist Wirtschaftsjournalist und lebt in Hamburg.



Gesundheit für 1,3 Milliarden Menschen in China

Es geht auch anders: Innerhalb von einem Jahrzehnt hat die chinesische Regierung 1,3 Milliarden Menschen zu einer Krankenversorgung verholfen. Dies ist die größte Sozialreform in der Menschheitsgeschichte.

Der Fall hatte eine ganze Nation bestürzt. Vor einem Jahr berichteten chinesische Zeitungen über eine Familie in einem Dorf in der Provinz Zhejiang. Mehr als sieben Jahre hatten die Eltern ihren querschnittsgelähmten Sohn beatmet – mit einem selbst gebasteltem Blasebalg. 18 mal in der Minute, 25.920 mal am Tag, immer abwechselnd. Ihre Hände waren gigantisch angeschwollen. Aber ein elektrisch betriebenes Atemgerät, das umgerechnet rund 11.000 Euro gekostet hätte, konnte sich die Familie nicht leisten. Aber sterben sollte ihr Sohn auch nicht. Spenden aus dem ganzen Land machten es möglich, dass die Familie sich schließlich doch ein Atemgerät kaufen konnte.

Trotz der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren leben knapp 130 Millionen Menschen in China auch weiter unter der Armutsgrenze. Die Krankheit eines einzigen Mitglieds kann für eine Familie den finanziellen Ruin bedeuten. Dieses Problem hat die chinesische Führung bereits vor einiger Zeit erkannt. Eins ihrer ehrgeizigsten Ziele lautete daher Anfang 2000, sämtlichen 1,3 Milliarden Chinesen eine Mindestversorgung zu gewährleisten. Vieles ist seitdem geschehen. So mussten vor 15 Jahren rund 75 Prozent der Menschen für ihre Gesundheitskosten noch komplett selbst aufkommen. Heute liegt der Anteil bei unter 5 Prozent.

Was den Aufbau von Chinas Gesundheitssystem so schwierig machte, war neben der Menge an Menschen, die versichert werden mussten, auch das große soziale Gefälle zwischen den Städten und dem Land. Dort war vor zehn Jahren noch so gut wie keiner krankenversichert. Dabei war die Volksrepublik durchaus schon mal weiter. In den Jahren bis 1976 unter Mao war die städtische Bevölkerung über die jeweiligen Arbeitseinheiten in den Staatsbetrieben abgesichert – ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lag allerdings bei unter zehn Prozent. Für die Menschen auf dem Land schickte Mao sogenannte Barfuß-Doktoren – rudimentär ausgebildete Ärzte, die die Bauernfamilien mit dem Nötigsten versorgten.

Alle Chinesen sollen sich darauf verlassen können, dass im Durchschnitt 80 Prozent der anfallenden Krankenkosten von der staatlichen Versicherung getragen werden.

Zu Beginn der 1980er Jahre liberalisierte Chinas Kommunistische Partei im Zuge allgemeiner Wirtschaftsreformen auch das Gesundheitssystem. Mit verheerenden Auswirkungen: Wer kein staatlicher Angestellter mehr war, fiel aus der Versorgung komplett heraus. Und mit dem Aufstieg von Chinas Privatsektor betraf das immer mehr Menschen.

Zugleich wurde den Ärzten die staatlichen Zuschüsse gekürzt. Sie sollten mehr Eigeninitiative zeigen. Viele sahen sich gezwungen, neue Einnahmequellen zu finden. Fortan verschrieben sie überbeuerte und oft unnötige Medikamente und Behandlungen – was die Kosten für die Pa-



Foto: Tim Wei / flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Wichtig war die Anhebung der Arztgehälter

tienten in die Höhe trieb. Einige Krankenhäuser generierten bis zu 90 Prozent der Einnahmen aus diesen fragwürdigen Verschreibungen. Bis heute gibt es Ärzte, die nur behandeln, wenn die Patienten ihnen vorher sogenannte Hongbaos zugesteckt haben – kleine rote Tüten mit Geld, die Kinder sonst zum chinesischen Neujahrsfest geschenkt bekommen. Auf dem Land brach in vielen Regionen die medizinische Versorgung komplett zusammen, weil Ärzte in die Städte abwanderten. „Den entscheidenden Bewusstseins-



Foto: © Dai Rui / flickr, CC BY-NC 2.0

Die Lungenseuche änderte alles

wandel brachte SARS“, erinnert sich Yu Dezhi, vom National Health Development Research Center, einem regierungsnahen Institut. 2003 hatte sich die hochansteckende Lungenkrankheit von Südchina aus innerhalb weniger Wochen auf das ganze Land ausgebreitet. 8.422 Menschen erkrankten, 916 starben. Rasch nahmen die Reformen ihren Lauf. 2008 hatte dann eine Milliarde Menschen eine Krankenversicherung. Und inzwischen hat China das Ziel der universellen Deckung weitgehend erreicht. Und auch die Gehälter der Ärzte wurden angehoben. Nach Berechnungen der Beratungsfirma McKinsey lagen die Gesundheitsausgaben in China 2013 bei umgerechnet rund 340 Milliarden Euro. Sie sollen bis 2020 die Billionengrenze überschreiten.

Ein komplett staatlich finanziertes Gesundheitssystem lehnt Yu wie die Kommunistische Partei aber ab. „Chinas Ziel ist die 80-Prozent-Marke“, sagt er. Alle Chinesen sollen sich darauf verlassen können, dass im Durchschnitt 80 Prozent der

anfallenden Krankenkosten von der staatlichen Versicherung getragen werden. Mehr sollen es aber nicht werden. Würde der Staat alle Kosten übernehmen, würden die Leute ständig zum Arzt laufen, so Yus misstrauische Einschätzung. Der „Anreiz zum sparsamen Umgang mit medizinischer Dienstleistung“ solle erhalten bleiben.

Felix Lee

Der Autor arbeitet als Korrespondent in Peking.



Garantie über 100 Tage Arbeit

Das MGNREGA-Arbeitsbeschaffungsprogramm gilt als „brillantes Beispiel für ländliche Entwicklung“. Doch jetzt gerät es unter den Druck der regierenden Wirtschaftsliberalen.

Indiens Nationalheld Mahatma Gandhi soll einst gesagt haben: „Die Größe einer Nation ist am Umgang mit ihren schwächsten Mitgliedern abzulesen.“ Folgt man dieser Lesart, ist Indien eine Supermacht. Zumindest wenn man sich den „Mahatma Gandhi National Rural Employment Guarantee Act“, kurz MGNREGA, ansieht, das wohl größte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Welt. „Es ist ein Programm, das Millionen Menschen Arbeit verschafft hat. In jedem anderen Land wäre das ein Grund zu feiern, nicht so in Indien“, klagt Jayathi Ghosh. Die Wirtschaftswissenschaftlerin der Jawaharlal Nehru Universität in Delhi fürchtet, dass die aktuelle Regierung es sogar beenden könnte.



Foto: Eneas De Troya/flickr, CC BY 2.0

Ikone, der dem wohl größten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Welt den Namen gab: Mahatma Gandhi

MGNREGA – die Abkürzung ist etwas sperrig, die Idee dahinter jedoch simpel: Der indische Staat garantiert Mitgliedern armer Familien 100 Tage bezahlte Arbeit im Jahr zu einem Tageslohn von 100 Rupien (ungefähr 1,40 Euro). Die angebotene Arbeitsstelle darf nicht weiter als fünf Kilometer von dem Wohnort des Bewerbers liegen. Kann die Regierung innerhalb von 15 Tagen keine Arbeit anbieten, bekommen die Bewerber eine Art Arbeitslosenunterstützung. Allein im Finanzjahr 2013/2014 (April bis März) wurden so für mehr als 83 Millionen Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen.

Doch vor allem markiert MGNREGA einen fundamentalen Wandel im Verhältnis des Staates zu seinen sozial benachteiligten Bürgern. Bis dato herrschte ein paternalistischer Blick vor,



Foto: Climate Change, Agriculture and Food Security/flickr, CC BY-NC-SA 2.0

Dank MGNREGA erhalten bisweilen arme Familien – wie hier auf dem Land – in Indien 100 Tage bezahlte Arbeit im Jahr

wonach der Staat „Geschenke“ verteile. Durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde den Menschen erstmals ein einklagbares Recht zuerkannt. „Die Armen haben nun Anspruch auf ihre Rechte und nicht auf Almosen“, formuliert es Sandeep Chachra von der Nichtregierungsorganisation ActionAid in Delhi.

Das Programm dient in erster Linie der Bekämpfung der Armut, oftmals ist die angebotene Beschäftigung für die Familie die einzige Einnahmequelle. Doch Unterstützer loben zudem die zahlreichen Spillover-Effekte: Da die Löhne über den üblichen Zahlungen liegen, wirkt MGNREGA zusätzlich als Korrektiv des lokalen Arbeitsmarktes. Der lokale Ansatz hat dazu beigetragen, die innerindische Binnenmigration zu verringern. Zudem werden gezielt nachhaltige Projekte gefördert wie der Bau von Straßen, Brunnen, Kanälen oder Brücken. In ihrem aktuellen Weltentwicklungsbericht bezeichnet die Weltbank MGNREGA auch als „brillantes Beispiel für ländliche Entwicklung“.

„Durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde den Menschen erstmals ein einklagbares Recht zuerkannt. Die Armen haben nun Anspruch auf ihre Rechte und nicht auf Almosen.“

Bei seiner Einführung erstreckte sich das Programm zunächst auf 200 ausgewählte Distrikte. Seit 2008 gibt es in allen 604 indischen Distrikten Baustellen, deren Arbeiter durch MGNREGA finanziert werden. Insgesamt belaufen sich die Kosten auf jährlich rund 4,5 Milliarden Euro, in den vergangenen Jahren sind die Ausgaben allerdings gesunken.

„Die Regierung kürzt gezielt die Ausgaben, um das Programm sterben zu lassen“, meint Ghosh. So habe man beispielsweise die staatlichen Zuschüsse gedeckelt. „Dabei ist das Programm nachfrageorientiert, schließlich gibt es den Menschen ein Anrecht auf Arbeit. Die Idee einer Deckelung widerspricht völlig der Idee des Programms“, sagt Ghosh. Zudem würden Zahlungen verzögert, von einem Haushaltsjahr ins nächste verschoben. Das hat zur Folge, dass Löhne verspätet ausgezahlt werden. Offiziellen Schätzungen sind davon Dreiviertel der Gehälter betroffen. Manche Arbeiter müssten bis zu einem Jahr auf ihren Lohn warten, beklagt Ghosh. Enttäuschung mache sich breit, entsprechend fragten weniger Menschen nach Arbeit. „Auf diese Weise versucht die Regierung das Programm still und leise zu beenden.“

Aus Sicht des wirtschaftsliberalen, der Opposition nahestehenden Ökonomen Jagdish Bhagwati wäre das der richtige Schritt, schließlich sei MGNREGA „vollkommen ineffektiv“. „Die Daten zeigen, dass 30 Prozent der Kosten für andere Dinge wie Material und Verwaltung ausgegeben werden. Lediglich 70 Prozent kommen tatsächlich bei den Menschen an.“ Ein Gehalt von 130 Rupien koste den Staat demnach 186 Rupien.

Ein Arbeiter könnte anderswo für 80 Rupien arbeiten, durch MGNREGA verdiene er lediglich 50 Rupien mehr. „Für 50 Rupien mehr muss der Staat 186 Rupien ausgeben“, sagt Bhagwati. „Das zeigt die ganze Ineffizienz des Programms.“ Würde man dann noch die ausufernde Korruption berücksichtigen, käme man auf ein Verhältnis von 1:5. Der Ökonom fordert deshalb, das Programm so schnell wie möglich einzustellen und durch direkte Geldtransfers zu ersetzen.

Ein Schritt, der Jayathi Ghosh wütend macht. „Angesichts der grassierenden Korruption in unserem Land ist es lächerlich, dass wir hier ansetzen wollen. Die Kosten belaufen sich auf weniger als 0,5 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts.“ Ihrer Meinung nach ist es wie so häufig: Gekürzt wird zuerst bei den sozial Schwachen.

Michael Radunski

Der Autor ist Korrespondent in Delhi.



Sorge um TTIP-Outsider

Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten setzt die Entwicklungsländer unter Druck.

Viel ist bereits über die Vor- und Nachteile diskutiert worden, die Deutschland entstehen könnten, wenn das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA kommt. Doch was bedeutet TTIP für den Rest der Welt?

Den Auswirkungen auf Drittstaaten werde bisher „nicht genügend Beachtung“ geschenkt, kritisiert das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik, DIE.* Europa und die USA sitzen allein am Verhandlungstisch, versuchten sich aber „an der Festlegung neuer, potenziell global gültiger Spielregeln für die Weltwirtschaft“, so die DIE-Experten Axel Berger und Clara Brandt, die das Papier verfasst haben. Dieser „exklusive Ansatz“ sei „bedenklich“. TTIP kann demnach einen „Wendepunkt im Welthandelssystem markieren“ – und multilaterale Verhandlungen in der Welthandelsorganisation WTO schwächen. Als Reaktion seien „handelspolitische Blockbildungen von Schwellenländern wie Brasilien, Indien und vor allem China“ zu erwarten. Mit anderen Worten: Es mangelt an Kooperation.

Abgesehen von Energierohstoffen importieren die EU-Staaten mehr Güter von Entwicklungsländern als die USA, Kanada, Japan und China. Aber auch die USA sind für die Entwicklungsländer ein wichtiger Markt. Dies legen Zahlen des Münchner IFO-Instituts nahe, das bereits Studien dazu gemacht hat, wie sich TTIP auf andere Länder auswirkt. Es geht um sogenannte Handelsumlenkungseffekte, die eintreten, wenn die Zölle für den Warenverkehr zwischen den USA und der EU gesenkt werden – Produkte aus Drittstaaten würden dadurch vergleichsweise teurer.


In einer Studie für die Bertelsmannstiftung kamen die IFO-Leute vor zwei Jahren zu dem Ergebnis, dass zum Beispiel der Handel zwischen Deutschland und den BRICS-Staaten, also Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika um zehn Prozent, zwischen den BRICS-Staaten und den USA sogar um 30 Prozent des bisherigen Handelsvolumens sinken könne. Im Januar diesen Jahres legten sie aber eine neue Studie im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vor. Darin heißt es nun: Viele Länder könnten leicht höhere

Realeinkommen erzielen. Schließlich werde zum Beispiel der Export vereinfacht, wenn es in vielen Fällen nur noch eine zu produzierende Norm gebe. Das würde bedeuten, dass es mit TTIP zu sogenannten Spillover-Effekten kommt, also auch Länder außerhalb der Freihandelszone von einem neuen Reichtum profitieren. Allerdings räumen die Autoren selbst ein, dass die empirische Evidenz für die Annahme schwach ist.


Die DIE-Experten differenzieren nach Sektoren. Im Schnitt, so schreiben sie, seien die Effekte voraussichtlich „relativ gering“, einige Branchen aber besonders betroffen. Etwa die Textilindustrie in Bangladesch, Kambodscha oder Pakistan. Denkbar sei, dass die EU mehr Kleidung aus den USA importiere, wenn niedrigere Zölle die höheren Lohnkosten womöglich teilweise ausglich. Genauso könnten auch Niedrigeinkommensländer in Afrika ein Nachsehen haben, die Bananen, Fischereiprodukte oder Zucker produzieren.

5-Punkte-Plan der Gewerkschaften

Der DGB hat zusammen mit ver.di, der IG Metall und anderen die „Initiativgruppe für verantwortungsvolle Handelspolitik“ gegründet. Sie alle halten das TTIP-Abkommen für so nicht annehmbar. Darum haben sie einen 5-Punkte-Plan zur Nachbesserung entwickelt. Die Forderung: Der „Wert“ des Freihandels dürfe nicht über die „Werte einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft“ gestellt werden.

 www.kulturrat.de/dokumente/ttip-verbaendepapier.pdf

Wer verliert?

 www.cesifo-group.de/portal/page/portal/DocBase_Service/studien/studie-kurz-2015-ttip-felbermayr.pdf

www.foodwatch.org/uploads/media/2015-02-06_Hintergrund_TTIP-Folgen-fuer-Entwicklungslaender_02.pdf

www.foodwatch.org/uploads/media/2013_Bertelsmann-ifo-Studie_Freihandel-Entwicklungslaender-foodwatch_01.pdf


Noch fehle den Modellrechnungen aber die Detailliertheit, betonen Berger und Brandt, da unklar sei, wie das TTIP-Prinzip der „regulatorischen Kooperation“ wirke. Möglicherweise soll danach künftig kein Standard, kein Gesetz mehr erlassen werden, ohne dass Unternehmen und Behörden des anderen Partnerlandes vorher einen Blick darauf geworfen haben. Und wer weiß heute schon, ob man sich bei der Vereinheitlichung von Standards auf den jeweils höheren oder niedrigeren einigt? In jedem Fall hätten es besonders ärmere Länder häufig

Geworben wird für Vorteile für Europa und die USA – aber was bedeutet TTIP für den Rest der Welt?

schwer, Standards, die für die EU und die USA in Ordnung seien, „ohne zusätzliche Unterstützung“ zu erreichen, warnen die DIE-Experten. Da TTIP angesichts seiner „wirtschaftlichen und geopolitischen Bedeutung die Geometrie des Welthandelssystems beeinflussen“ werde, sei es notwendig, die Verhandlungen aus einer entwicklungspolitischen Sicht mitzubestimmen.

Der Rat von Berger und Brandt: „Nicht nur auf die Risiken“ hinweisen, sondern auch betonen, dass es Möglichkeiten gibt, die „künftigen handelspolitischen Regeln entwicklungsfreundlicher auszugestalten“. Demnach sollten Entwicklungsländer unter anderem stärker in globale Wertschöpfungsketten integriert werden. Und TTIP dürfe nicht im Widerspruch stehen zu den Zielen der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung, die im September diesen Jahres verabschiedet werden soll.

Hanna Gersmann

 *Nachzulesen unter: www.die-gdi.de/uploads/media/AuS_1.2015.pdf. Titel der Stellungnahme: „Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP): was sollte die Entwicklungspolitik tun?“



Reise eines Smartphones

Was hat die Herstellung elektronischer Geräte mit Menschenrechten zu tun? Wie stark wird die Umwelt belastet – bei der Gewinnung von Rohstoffen, der Weiterverarbeitung in Zulieferbetrieben, der Produktion oder der Entsorgung? Allein in die Lieferkette von einem Smartphone sind zahlreiche Länder eingebunden. Die Entwicklungsorganisation Weed hat jetzt ein Plakat entwickelt, auf dem mit einem Blick zu sehen ist, was bei der Produktion von Handys alles in Kauf genommen wird. Wer das Plakat für Seminare und anderes nutzen will, lädt es im Internet für maximal einen Euro runter.



Mehr Infos: www.weed-online.org/themen/8249830.html



Das handgezeichnete Plakat zeigt die Lieferkette eines Smartphones

Wer profitiert?

Wer trägt was zum Wohlstand bei? Und wer hat eigentlich etwas von der Wertschöpfung? Welche Rolle spielen dabei junge Menschen und welche Gewerkschafter? Und was machen die Verbraucher? Darum geht es bei der Europäischen Konferenz zu globalen Wertschöpfungsketten: Die DGB-Jugend wird vom 10. bis zum 12. April 2015 mit anderen europäischen Gewerkschaftsjugendlichen darüber in der Bildungsstätte in Hattingen debattieren. Hinter dem Begriff Wertschöpfung verstecken sich Arbeitsbedingungen, Umweltauswirkungen, ökonomische Fragen. Auch Regulierungsmechanismen sollen mit FachreferentInnen erörtert und die besten Lösungen vorgestellt werden.



Anmeldung bis zum 25. März 2015 per E-Mail unter: daniela.linke@dgb

Rio Tinto sucht den Konflikt

Rio Tinto, eines der größten Bergbauunternehmen der Welt, hat ein Treffen mit internationalen Gewerkschaftsführern abgebrochen. Der Grund: Die Gewerkschafter lehnten die Forderung des multinationalen Unternehmens ab, ihre Kampagne einzustellen, die die nicht nachhaltigen Praktiken Rio Tintos zum Thema hat. Der Vizepräsident von IndustriALL, der Südafrikaner Frans Baleni, kritisierte: „Rio Tinto zeigte sich vom Anfang des Treffens an arrogant, stellte Ultimativen, drohte mit Klagen.“ Er habe seit Ende der Apartheid selten so ein Benehmen eines Managements gesehen.

Buchtipps: Verliert Europa seine Seele?

Nach dem zweiten Weltkrieg spielte das Europäische Sozialmodell, ESM, eine Schlüsselrolle für die Gestaltung der europäischen Gesellschaften. Für andere Weltregionen war der sozialpolitische Ansatz zur Förderung eines ausgewogenen Wirtschaftswachstum bei hohem Lebensstandard und guten Arbeitsbedingungen beispielhaft. Aber was ist davon in den letzten Jahren seit der Finanzkrise geblieben? Die Autoren Daniel Vaughan-Whitehead und Edward Elgar haben sich zehn EU-Mitgliedsländer vorgeknöpft. Das Buch kommt am 15. April heraus. Der Titel ist eine Warnung: „The European Social Model in Crisis: Is Europe losing its soul?“ Das Buch kann über die Internationale Arbeitsorganisation ILO bezogen werden.



www.ilo.org/global/publications/books/forthcoming-publications/WCMS_314465/lang--en/index.htm

Filmreif: Der ärmste Präsident der Welt

Einst Guerillero und Blumenzüchter, ist er heute einer der charismatischsten Politiker Lateinamerikas: Pepe Mujica. Bis Anfang März diesen Jahres war der 79-Jährige Präsident von Uruguay. Nun kommt ein Film über ihn ins Kino. Mujica galt als der ärmste Präsident der Welt, auch weil er mit nur zehn Prozent seines Präsidentengehalts auskam, den Rest spendete er an Projekte und NGOs. Seine politischen Visionen

erregten weltweit Aufsehen, den brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva bezeichnete er als sein Vorbild. In seine Amtszeit fiel zum Beispiel die Legalisierung eines begrenzten Handels mit Cannabis. Uruguay ist das weltweit erste Land, in dem der Verkauf von begrenzten Mengen Cannabis in Apotheken legal ist. Die Filmemacherin Heidi Specogna und der Kameramann Rainer Hoffmann haben Mujica über Jahre begleitet und zeigen nun das Porträt eines Menschen, der signalisiert: Es geht auch anders.



Kinostart: 5. März 2015

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
 Vorsitzende: Elke Hannack
 Geschäftsführerin: Claudia Meyer
 Verantwortlich: Jens Martens
 Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
 Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
 Nord|Süd-Netz
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
 Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: Nord LB, Hannover
 IBAN: DE30 2505 0000 0152 0125 22
 SWIFT: NOLADE2HXXX

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
 Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des

